

Rede von Petra Budke zu: Antrag "Bedarfe an qualifizierten Lehrkräften kurz- und mittelfristig absichern!" (TOP 6 der 69. Plenarsitzung)

Bedarfe an qualifizierten Lehrkräften kurz- und mittelfristig absichern

- Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Zuschauende, aus den bisherigen Reden wurde zumindest eins deutlich: Uns alle eint die Sorge, wie wir dem Lehrkräftemangel begegnen sollen.

Und die Prognose von 2020 zeigte schon damals: Der Nachwuchsbedarf wird in den Jahren 2023 bis 25 nochmal höher sein als für das kommende Schuljahr. Dabei war die Fluchtbewegung aus der Ukraine noch gar nicht absehbar. Auch nicht die mögliche Abwanderung von Studienabgänger*innen und Lehrkräften nach Berlin, wenn dort jetzt verbeamtet wird.

Die Auswertung der Statistiken zur Lehramtsausbildung zeigen leider auch: Die Erhöhung der Studienplätze für das Lehramt bringt nur dann wirklich Effekte, wenn diese Plätze auch besetzt werden. Und die Studierenden müssen ihr Lehramtsstudium auch zum Abschluss bringen. Selbst dann werden wir möglicher Weise nachsteuern müssen, vor allem was die Verteilung auf die Schulformen und -fächer angeht.

Die rot-rote Vorgängerregierung hat spät, aber immerhin - übrigens auch mit unserer damaligen Unterstützung - ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Ausgestaltung des Ausbaus der Lehramtsausbildung und zur Nachqualifizierung von Seiteneinsteiger*innen auf den Weg gebracht.

Und wie das so ist, einiges davon wirkt schon, anderes wurde durch die Pandemie erschwert, drittes, wie ein Lehramtsmaster ohne lehramtsbezogenen Bachelor von der Uni Potsdam leider noch gar nicht umgesetzt. So manche der 20 bewilligten Professuren sind eben auch noch gar nicht besetzt.

Die jetzige Koalition hat dann auch einiges beschlossen, wie z. B. das Landlehrkräftestipendium. Aber auch hier werden wir uns wohl mit der Wirkung noch gedulden müssen, denn hier gilt - wie bei vielen der beschlossenen Maßnahmen -, dass es auf eher langfristige Wirkung ausgerichtet ist.

Nun schlägt die Linke kurz- und mittelfristige Maßnahmen vor: Z. B. eine jährliche Lehrkräfte- und Schülermodellrechnung im ersten Quartal: Könnte man machen, aber ich glaube, jenseits von kurzfristigen Einflüssen – wie jetzt durch die geflüchteten Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine – wissen die Schulämter doch ziemlich genau, wann welche Lehrkraft in den Ruhestand geht und wie viele Schülerinnen und Schüler es gibt.

Dann wünscht sich die Linke eine Verwaltungskraft pro Schule, und an größeren sogar zwei. Ja, das würde ich mir auch wünschen - vor allem zur Entlastung der Schulleitungen. Aber das wären rd. 50 Mio. € Mehrkosten im Jahr. Sie wollen diese Stellen ja zusätzlich zu den multiprofessionellen Teams.

Und da sagen wir ganz klar: Unsere oberste Priorität ist der Einstieg in die multiprofessionellen Teams. Bei der Ausgestaltung stelle ich mir allerdings vor, dass darunter auch Verwaltungsfachkräfte sein können, wenn eine Schule dafür ihren dringendsten Bedarf sieht.

Der Vorschlag einer dualen Lehramtsaus- und -weiterbildung für Seiteneinsteiger*innen mit Berufsausbildung gefällt mir sehr gut, langfristig übrigens nicht nur für Seiteneinsteiger*innen. Aber dass ausgerechnet die Linke für diese Gruppe auch gleich die Verbeamtung vorschlägt, finde ich bemerkenswert. Wir werden ja erstmal die Verbeamtung von Seiteneinsteiger*innen mit einem Studium angehen.

Einen Fonds für Fahrt- und Wohnkosten für Studierende im Praxissemester fanden wir Grüne schon immer gut, kostest aber auch. Ich wünsche mir, dass wir da zukünftig eine gemeinsame Lösung mit den Schulträgern hinbekommen.

Auch ein Aufwuchs beim Landlehrkräftestipendien ist letztlich eine Kostenfrage. Wir sind ja schon froh, dass der Einstieg hier gelungen ist.

Eine Werbekampagne für den Lehrer*innenberuf ist immer gut, könnte vielleicht auch ein länderübergreifendes Projekt sein. Eine Konzentration auf die Primarstufe würde allerdings auch mehr Studienplätze in dem Bereich voraussetzen. Im Moment übersteigt nach meiner Kenntnis die Nachfrage das Angebot.

Der im Antrag vorgeschlagene Slogan „Von der Schule in den Hörsaal und wieder zurück“ klingt für mich allerdings eher nach Realsatire. Ich denke, die beste Werbung wäre, wenn wir junge Menschen ermutigen, ihre Vision von Schule umsetzen zu wollen. Gute Praxisbeispiele in den Vordergrund zu stellen mit der Ansage: Da wollen wir gemeinsam mit Euch hin! Das wäre für mich werbewirksam.

Kurzum: Wir bedanken uns für die Wiedervorlage dieser Vorschläge, die wir Grüne teils auch schon selbst gemacht haben. Leider müssen wir konstatieren: So lange der Haushaltsentwurf nicht vorliegt, können wir dazu keine konkrete Aussage machen.